



Dreispitzkunst in Binzen darf bleiben – unter bestimmten Bedingungen

Von [Ulrich Senf](#)

Do, 25. Januar 2018 um 17:13 Uhr

[Binzen](#)

Nach einer fast einstündigen Diskussion stimmte der Petitionsausschuss einstimmig für den Erhalt des Kunstwerks, knüpft das Ja aber an eine Reihe von Bedingungen.

- Heiße Diskussionen gibt es um dieses Kunstwerk auf dem Kreisverkehr in Binzen.
Foto: Hannes Lauber

Der Petitionsausschuss des Landtags hat am frühen Nachmittag seine Empfehlung zum Kreiselkunstwerk "Dreispitz" abgegeben. Nach einer fast einstündigen Diskussion stimmte er einstimmig für den Erhalt des Kunstwerks an der Stelle, knüpft das Ja aber auf Empfehlung der Verkehrsbehörden an eine stattliche Reihe von Bedingungen. Eine bessere Markierung mit Katzenaugen um den Kreisel herum, ein Kiesbett wie auch ein Rüttelbelag in der Zufahrt sollen eingebaut werden.

Erleichterung war groß

Bei Altbürgermeister Ulrich May wie auch bei seinem Amtsnachfolger Andreas Schneucker und mit ihnen bei den über 5000 Bürgern, die die Petition zum Erhalt des Dreispitzes unterzeichnet hatten, war die Erleichterung am Donnerstagnachmittag groß: Nach einer langen, fast einstündigen Diskussion hat der Petitionsausschuss empfohlen, dass das umstritten Kunstwerk, dessen Abbau das Regierungspräsidium angeordnet hatte, erhalten werden kann. Auch wenn die Entscheidung an eine Reihe Bedingungen geknüpft ist, können sich May und Schneucker über den "Sieg des Menschenverstands", so der Landtagsabgeordnete Josha Frey, freuen. "Ich bin froh, dass dieses absurde Theater nun ein positives Ende gefunden hat", kommentierte auch der Landtagsabgeordnete und frühere Justizminister Rainer Stickleberger.

Umwidmung spielte keine Rolle

Anders als von vielen erwartete, hat bei der Beurteilung der Vorschlag der Gemeinde Binzen, [die Zufahrten hin zum Kreisel zu Ortsdurchfahrten umzuwidmen](#), keine Rolle gespielt. Der Einschätzung, dass es sich bei dem Standort des Kreisel quasi um eine innerörtliche Situation

handele und das Gewerbegebiet mit seinen Erschließungsstraßen die Umwidmung möglich mache, wollten die Verkehrsbehörden nicht folgen. Regierungspräsidentin Bärbel Schäfer, die eigens nach Stuttgart gereist war, um die Sicht ihrer Behörde vor dem Petitionsausschuss zu vertreten, erläuterte, dass für die Umwidmung die rechtlichen Voraussetzungen fehlen würden. So fehlten Einmündungen von Privatgrundstücken in den Zufahrtsstraßen. Mit der Einfahrt in das Gewerbegebiet sei für den Autofahrer vielmehr klar, dass er sich auf freier, außerörtlicher Strecke befinde, argumentierte sie.

Norbert Beck als stellvertretender Vorsitzender des Petitionsausschusses, der als Berichterstatter auch den Ortstermin am 6. Dezember in Binzen geleitete hatte, hielt dieser Sicht der Behörden entgegen, dass der Bereich mit der Kreuzung der Museumsbahn beim Kreisel und den Erschließungsstraßen in die Gewerbegebiete auch anders bewertet werden könnten. Dabei erhielt er nachdrücklich Unterstützung von den beiden Landtagsabgeordneten Josha Frey und Rainer Stickelberger. Beide unterstrichen die besondere Situation in Binzen, die in den Gutachten ihrer Meinung nach nicht entsprechend widerspiegelt würde.

Am Ende einigten sich die Mitglieder des Petitionsausschusses einstimmig auf einen Kompromiss, der den Erhalt des Kunstwerks an verschiedene – teils bereits von Bürgermeister Schneucker beim Ortstermin in Binzen vorgeschlagene – Maßnahmen zur Unfallverhütung knüpfte. So soll die Erkennbarkeit des Kunstwerks auch bei schlechter Sicht, etwa bei Nebel, durch Katzenaugen und Leittafeln erhöht werden. Zudem soll ein sogenannter Geschwindigkeitstrichter hin zum Kreisel führen. Von 70 Stundenkilometern auf 50 und zuletzt auf 30 im unmittelbaren Kreisbereich soll das Tempo limitiert werden.

Kiesbett und Rüttelbelag

Dazu kommt ein Kiesbett um das Kunstwerk herum, das den Aufprall eines Autos auf den Dreispitz abbremsen und dämpfen soll. Im Gespräch ist zudem ein Rüttelbelag in den Zufahrten, der die Aufmerksamkeit eines abgelenkten Autofahrers noch einmal erhöht.

Das Regierungspräsidium hatte bekanntlich bereits im Vorfeld den von ihm angeordneten sofortigen Vollzug des Abbaus ausgesetzt. Zum Ruhem wird wohl auch der Rechtsstreit zwischen der Gemeinde und dem Regierungspräsidium kommen. Die Empfehlung des Petitionsausschusses kommt nun in den Landtag, wo darüber abgestimmt wird, Erst dann ist die Entscheidung bindend. Eine Frist, bis wann die Maßnahmen umgesetzt werden müssen, die von den Verkehrsbehörden gefordert werden, hat der Petitionsausschuss nicht gesetzt. "Ich freue mich, dass durch die intensive und beharrliche Arbeit des Petitionsausschusses dieses positive Ergebnis erreicht werden konnte", sagte die Vorsitzende des Gremiums, die Grünen-Abgeordnete Beate Böhlen.